

Nr. 10/2017

Magdeburg, 15.02.2017

HABEN PPP UND PRIVATISIERUNG KOMMUNALER DASEINSVORSORGE AUSGEDIENT?

Kommunalverbände und Unternehmen tagen gemeinsam zum Thema Rekommunalisierung von Dienstleistungen der lokalen Ver- und Entsorgung

— An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg treffen sich Vertreter von Kommunalverbänden und Ökonomen, um über die Folgen der zunehmenden Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge zu diskutieren und sich über Chancen und Risiken der bundesweiten Rekommunalisierung von Krankenhäusern, Nahverkehrsbetrieben, Heizkraftwerken oder Schulen aus Sicht der Steuerzahler, aber auch der Unternehmen auszutauschen.

— Dafür werden Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, vom Bund der Steuerzahler, vom Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft und des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft erwartet. Darüber hinaus bringen Vertreter regionaler kommunaler Unternehmen, wie der Sprecher der Geschäftsführung der Städtischen Werke Magdeburg, Helmut Herdt, ihre Erfahrungen und Expertise ein.

WAS: „Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“, Tagung der Arbeitsgruppe Wettbewerb des „Vereins für Socialpolitik“ an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

WANN: 6. und 7. März 2017

WO: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg, Universitätsbibliothek, Konferenzraum

Ob beim Bau von Schulen, bei der regionalen Energieversorgung oder der Straßenreinigung: Viele vormals kommunale Aufgaben zur Daseinsvorsorge wurden in den letzten 10 Jahren in dem Glauben privatisiert, dass Dienstleistungen besser, billiger und bürgernäher angeboten werden könnten. Das Konzept „Public Privat Partnership“ zog in Müllkraftwerke, Krankenhäuser und Schulen ein. Ein Prozess, dessen Chancen und Risiken von Kommunen jetzt Neubewertet werden und eine Rekommunalisierung in Gang setzt, um eine auf sozialen Ausgleich angelegte

1/2

Daseinsvorsorge mittels bürgernaher Beratung, gestaffelter Gebühren und unentgeltlicher Nutzungen sicherstellen zu können.

Kontakt für die Medien:

Prof. Horst Gischer, Lehrstuhl für Monetäre Ökonomie und öffentlich-rechtliche Finanzwirtschaft, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Tel: +49 391 67-58394. E-Mail: horst.gischer@ovgu.de